

Grünliberale Partei Schweiz  
Postfach 367, 3000 Bern 7

Eidgenössisches Departement für  
Umwelt, Verkehr, Energie und  
Kommunikation UVEK  
Frau Bundesrätin Doris Leuthard  
c/o Bundesamt für Energie BFE  
3003 Bern

31. Januar 2013

Ihr Kontakt: Sandra Gurtner-Oesch, Tel +41 31 322 22 08, eMail [sandra.gurtneroesch@grunliberale.ch](mailto:sandra.gurtneroesch@grunliberale.ch)

## **Vernehmlassungsantwort zur Energiestrategie 2050: Fragebogen**

Sehr geehrter Frau Bundesrätin,  
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank, dass Sie uns die Möglichkeit eingeräumt haben, zur Energiestrategie 2050 des BFE Stellung zu nehmen. Wir haben den Fragebogen ausgefüllt und diesen wo nötig mit Hinweisen versehen. Die entsprechenden Unterlagen liegen dem vorliegenden Schreiben bei. Der Stellungnahme im Fragebogen vorangehend möchten wir unsere wichtigsten Überlegungen anbringen.

Wir begrüssen die generelle Stossrichtung der Energiestrategie 2050, auch wenn wir bei der Umsetzungsgeschwindigkeit und der Ausrichtung einzelner Punkte Vorbehalte haben und Ergänzungen wünschen. Einerseits erwarten wir ambitioniertere Zielvorgaben, andererseits ist für uns eine rasche, umfassende und staatsquotenneutrale ökologische Steuerreform das zentrale Element um den klimaverträglichen Atomausstieg zu ermöglichen. Mit unserer Volksinitiative Energie- statt Mehrwertsteuer zeigen wir einen solchen Weg auf.

Bei Fragen dazu stehen Ihnen folgende Personen zur Verfügung:

- Martin Bäumle, Parteipräsident und Nationalrat ZH, Tel. 079 358 14 85
- Jürg Grossen, Nationalrat BE, Tel. 079 444 94 65
- Sandra Gurtner-Oesch, Generalsekretärin glp Schweiz, Tel. 078 766 04 60

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse  
Grünliberale Partei Schweiz

	
Martin Bäumle Präsident	Sandra Gurtner-Oesch Generalsekretärin

# Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050

Antwortende Organisation: Grünliberale Partei Schweiz (GLP)

## Inhalt

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050.....	1
Allgemeine Fragen.....	2
Kernenergiegesetz.....	7
Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz .....	8
Energieeffizienz .....	10
Gebäude .....	10
Mobilität.....	13
Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft .....	16
Industrie und Dienstleistungen .....	19
Erneuerbare Energien .....	21
Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht.....	24
Einspeisevergütungssystem .....	25
Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen .....	28
Netzzuschlag.....	31
Fossile Kraftwerke .....	32
Netze .....	36

*Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen: Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.*

## Allgemeine Fragen

1. Sind Sie insgesamt mit der Vernehmlassungsvorlage zur Energiestrategie 2050 einverstanden?

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

### **Stossrichtung stimmt, Energiestrategie als Chance, Justierung der Umsetzung**

Die Grünliberalen begrüssen die generelle Stossrichtung der Energiestrategie 2050, auch wenn wir bei der Umsetzungsgeschwindigkeit und der Ausrichtung einzelner Punkte klare Vorbehalte und Ergänzungen haben.

Wir gehen davon aus, dass in den kommenden Jahren im Energiebereich weltweit ein grundlegender technischer und wirtschaftlicher Umbau vollzogen wird. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Energiestrategie 2050 für die Schweiz eine Chance, bei diesem weltweiten Umbau nicht nur passiv mitzumachen, sondern ihn aktiv zu prägen. Für die Schweiz als Innovations- und Cleantech-Standort bieten der Atomausstieg und die damit einhergehende notwendige gesamthafte Neuausrichtung der Energiepolitik der Schweiz mehr Chancen als Risiken. Dies gilt nicht zuletzt auch für die Unabhängigkeit der Schweiz von Importen nicht-erneuerbarer Energieträger und der Schweiz als Vorreiterin im internationalen Klima- und Umweltschutz.

Diese Sichtweise rechtfertigt in den Augen der Grünliberalen eine ambitioniertere und konsequentere Gangart, wofür wir eine ökologische Steuerreform in den Mittelpunkt stellen. Der Bundesrat wird angehalten, z.B. bei der Behandlung unserer Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“, eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. Die Energiestrategie 2050, in Ihrer gegenwärtigen Form, betrachten wir als zu wenig ambitioniert, zu wenig konsequent, partiell unvollständig und in Teilen fehlgeleitet.

Wir befürworten, dass nicht nur der Elektrizitäts-, sondern der Energiesektor gesamthaft beleuchtet wird. Diese gesamtheitliche Sicht ist unter Berücksichtigung von Umwelt, Gesellschaft, Technik, Wirtschaft, Politik und weltweiten Veränderungen, z.B. bei den Klimaauswirkungen, noch zu verstärken.

Die zentralen Punkte, wo wir Grünliberalen uns Anpassungen erhoffen, sind im Folgenden erläutert, vertiefte Ausführungen und Konkretisierungen bei den entsprechenden Fragen:

### **1. Ökologische Steuerreform**

Nur eine ökologische Steuerreform, wie sie z.B. unsere Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ fordert, kann sicherstellen, dass die Energiewende unumkehrbar, effizient und möglichst unbürokratisch vonstattengeht. Wichtig für das Handeln der einzelnen Akteure ist eine Preis-Veränderung resp. Kostenwahrheit, weshalb wir die Lenkungswirkung einer ökologischen Steuerreform derjenigen staatlicher Förderung vorziehen. Die ökologische Steuerreform sollte im ersten Massnahmenpaket verankert und angegangen werden.

## **2. Ambitioniertere Ziele**

Die in der Vorlage genannten Ziele sind viel zu wenig ambitioniert. Es braucht höher gesteckte Ziele in der Energieeffizienz und dem Energieverbrauch und im Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere für den Ausbau der Photovoltaik.

## **3. Massnahmen konsequenter und schneller umsetzen**

Nebst ambitionierten Zielen braucht es auch konsequentere Massnahmen, welche diese Ziele erreichen können und eine möglichst rasche Umsetzung. Dies gilt gerade für den Hauptausbau der erneuerbaren Energien.

## **4. Keine „Massnahmen-Lücken“**

Auf verschiedene essentielle Bereiche wird zu wenig Gewicht gelegt:

- Sozioökonomische Aspekte: In den Bereichen Verhalten und Suffizienz, aber auch im Bereich der Akzeptanz von Technologien (resp. im Falle der erneuerbaren Energien auch deren Standorten) und politischen Instrumenten (z.B. Lenkungsabgaben) sind Schritte zu unternehmen und die richtigen Anreize zu setzen resp. falsche Anreize aufzuarbeiten. Auch in diesem Bereich wäre eine ökologische Steuerreform das zielführendste und einfachste Instrument. Für die erste Phase sind die dazugehörigen Umsetzungsmassnahmen im EnergieSchweiz-Programm stärker zu platzieren, z.B. als Schwerpunkt Suffizienz / Wertewandel.
- Mobilität: Der Verkehrssektor kämpft ebenfalls mit vielen falschen Anreizen und müsste konsequent umgebaut werden, wozu Raumplanung, Verkehrseffizienz und Elektromobilität schon im ersten Massnahmenpaket im Sinne einer gesamtheitlichen Betrachtung stärker einzubeziehen sind und die falschen Anreize auf gesetzgeberischer Ebene konsequent angegangen werden müssen.

## **5. Klimaschutz nicht aushebeln**

Nicht einverstanden sind die Grünliberalen mit der Tendenz, den Atomausstieg auf Kosten des Klimaschutzes zu vollziehen. Alle Massnahmen, welche einer „Aushebelung“ des Klimaschutzes Vorschub leisten, lehnen wir ab.

## **6. Atomausstieg mit Laufzeitbeschränkung**

Gerade in der hier nötigen langfristigen Planung zeigt sich die Schwäche eines Atomausstiegs ohne Laufzeitbeschränkung. Wir fordern die klare Festlegung von Abschaltterminen. Dies bringt eindeutige Rahmenbedingungen und Investitionssicherheit und verunmöglicht „Hintertüren“, welche die Bemühungen der Energiestrategie 2050 hintergehen würden.

## **7. Naturschutz und Raumplanung**

Der umfassende Ausbau der erneuerbaren Energien hat für die Grünliberalen zusammen mit der Energieeffizienz erste politische Priorität. Auf keinen Fall darf aber deshalb eine sorgfältige und abgewogene Schutz- und Nutzungsplanung vernachlässigt werden - Kosten und Nutzen einer jeden konkreten erneuerbaren Energieproduktion sind abzuwägen und in einem Gesamtkonzept auf regionaler, kantonaler und teilweise nationaler Ebene einzubinden. Es braucht transparente Prozesse und mit einer energie- und umweltpolitischen Gesamtsicht, unter Einbezug aller relevanten, konstruktiven Akteure.

2. Sind Sie mit dem etappierten Vorgehen der Energiestrategie 2050 einverstanden (zweite Etappe gemäss Ziffer 1.4 im erläuternden Bericht)?

*Erläuternder Bericht: 1.3 (erstes Massnahmenpaket), 1.4 (zweite Etappe)*

☐ Ja    ☒ **Nein, aber...**    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

**Etappierte Planung ja, aber ambitionierter**

Eine etappierte Planung bis 2050 ist grundsätzlich durchaus sinnvoll. Ein etappiertes Vorgehen ermöglicht neue und verschärfte Massnahmen entsprechend den erzielten Resultaten, dem aktuellsten technischen Standard und neuen Erkenntnissen sowie veränderten internationalen Rahmenbedingungen. Auch ist es richtig, bereits heute mehrheitsfähige, schnell wirkende Massnahmen umzusetzen, bis eine Lenkungsabgabe ausgearbeitet und eingeführt werden kann. Wir haben aber triftige Vorbehalte bezüglich der Ausgestaltung des ersten Massnahmenpaketes. Diese Summe an Vorbehalten hat zu einem „Nein, aber...“ hier geführt.

Nicht einverstanden sind wir mit der jetzigen Aufteilung der Ziele und Massnahmen innerhalb der Etappen. Es zeigt sich schon bei diesem Entwurf eine gefährliche Verschiebung dringender Massnahmen auf spätere Etappen. Die Ziele der ersten Etappen bis 2020 und 2035 sind zu bescheiden und die Zielsetzungen sind bereits heute verbindlich zu verankern, um Investitionssicherheit sicherzustellen, die Notwendigkeit des höheren von uns geforderten Tempos aufzuzeigen und die Übergänge durch die entsprechenden Vorbereitungen sozial- und wirtschaftsverträglich zu gestalten.

Des Weiteren fehlen zwingende Mechanismen, wie bei Nichteinhaltung der (bereits relativ bescheidenen) Zwischenziele durch automatisch ausgelöste Massnahmen die Zielerreichung sichergestellt werden kann.

**Die Ökologische Steuerreform muss ins erste Massnahmenpaket**

Der Bundesrat wird aufgefordert, dem Parlament so schnell wie möglich eine Vorlage für eine ökologische Steuerreform zu unterbreiten, so dass diese bereits in der ersten Etappe eingeführt werden kann. Eine ökologische Steuerreform ist für den Erfolg der Energiestrategie 2050 zwingend. Beschränken sich die Massnahmen auf Subventionen und Verbrauchsvorschriften zur Steigerung der Energieeffizienz ohne die konsequente Abschaffung der falschen Anreize für nicht-erneuerbare Energien, so besteht die Gefahr, dass der Energieverbrauch längerfristig nicht reduziert wird oder sogar wieder steigt (Rebound- und Backfire-Effekte). Nachfrageseitige Massnahmen wie z.B. eine Energiesteuer, die zu einer substanziellen Erhöhung der Energiepreise führen, weisen deshalb eine deutlich höhere Wirksamkeit auf. Ausserdem kann ein Aufschub wichtiger Massnahmen auch dahingehend interpretiert werden, dass das Anliegen nicht ganz ernst genommen wird und stärkt jene Kräfte, die nicht hinter der ambitionierten Energiestrategie 2050 stehen.

3. Sind Sie damit einverstanden, den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie mit dem vorliegenden Massnahmenpaket zu verknüpfen?

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Verknüpfung des Ausstiegsentscheids und der Umsetzungsziele ist sinnvoll, denn sonst bleiben die Ziele Makulatur. Die Ausgestaltung des Massnahmenpaketes hingegen ist zu diskutieren (s. Bemerkungen unter Fragen 1 und 2).

Im Folgenden möchten wir uns zu einigen Aspekten der Energiestrategie 2050 und des ersten Massnahmenpaketes äussern, die in den Fragen keine Erwähnung finden:

### **Forschung**

Da ein Grossteil des Atomausstiegs über neue Technologien erfolgen soll, spielt die Energieforschung, vor allem im Bereich der angewandten Forschung und dem Übergang vom Forschungs- in Marktstadium, eine richtige Rolle. Die Grünliberalen unterstützen die Forschungs-Offensiven, wie sie in der Energiestrategie 2050 angedacht sind. Speziell betonen möchten wir die nötige Unterstützung der Koordination von Projekten an Schnittstellen und Querschnittsthemen, denn gerade hier liegt das grösste Innovationspotential: Energieträger-übergreifende Fragestellungen, Einsatz von Informations und Kommunikationstechnologie, Verknüpfung verschiedener Akteure, Branchen usw.

### **EnergieSchweiz**

Die Grünliberalen begrüssen die vorgeschlagene Aufstockung des Programms EnergieSchweiz. Das Programm hat in jahrzehntelanger Aufbauarbeit die Effizienz der eingesetzten Gelder bewiesen und sichert die öffentliche Unterstützung von Umsetzungsprojekten. Speziell wichtig erscheinen uns hier die folgenden Punkte:

- Kommunikation und Koordination durch den Bund: Damit bei den Zielgruppen keine Verwirrung über die vielen involvierten Akteure und Absender entsteht, die alle ein Bundeslogo im Auftritt haben, soll der Bund bei den von ihm unterstützten Akteuren für eine bessere Vermittlung und Koordination der wichtigsten Botschaften sorgen. Dies gilt auch innerhalb der Bundesämter und Departemente. Ausserdem soll nicht die Marke EnergieSchweiz, sondern die Botschaften und Massnahmen im Vordergrund stehen.
- Ausbildung & Information: Wenn gute private Ausbildungs-Angebote existieren, sollen diese unterstützt und keine neuen staatlich subventionierten Angebote entwickelt werden.

### **Sozioökonomische Aspekte**

Freiwillige Massnahmen und sozioökonomische Aspekte sind v.a. im Programm EnergieSchweiz verankert. Den Grünliberalen wäre es aber wichtig, dass diese Themen auch in anderen Bereichen verstärkten Einbezug finden (Stichworte Verhalten, Suffizienz). Die Einführung einer Lenkungsabgabe oder ökologische Steuerreform würde hier Fortschritte ohne Gebote und Verbote ermöglichen, aber es gilt Fragen der Sensibilisierung und Akzeptanz (z.B. erneuerbarer Energien) breit zu verankern und die Erkenntnisse um

Rebound-Effekte, falsche Anreize und ähnliches wo nötig einzubeziehen. Am offensichtlichsten besteht Bedarf bei der Mobilität, wo falsche Anreize, Rahmenbedingungen (z.B. für Home-Office oder Flexibilisierung der Arbeitszeiten) geändert werden müssen, um Energieverbrauch und Emissionen in den Griff zu bekommen.

### **Rolle der öffentlichen Hand generell**

Die Vorbildfunktion des Bundes sowie generell der öffentlichen Hand scheinen uns gut eingearbeitet. Wir sehen ein, dass eine neue Koordinationsstelle sinnvoll sein kann. Der Fokus sollte auf den konkreten Massnahmen liegen, wir regen mehr Erfahrungsaustausch zwischen den Verantwortlichen in den einzelnen Bereichen an. Der Bund soll mit allen involvierten Akteuren einen Konsens für die kohärente Umsetzung in allen Bundesbetrieben suchen (Diskussion Ökostrombezug ETH). Die erarbeiteten Grundlagen, z.B. bei der Beschaffung der öffentlichen Hand, sollen so aufbereitet werden, dass auch Kantone und Gemeinden davon profitieren können.

Die Gemeinden werden mit der Umsetzung der Energiestrategie stark gefordert, jedoch werden ihnen wenig Unterstützung und Mitsprache zugestanden. Wie das Label „Energistadt“ zeigt, haben aber viele Städte und Gemeinden bereits langjährige Erfahrung auf dem nun auch vom Bund eingeschlagenen Weg zu einer nachhaltigen Energiepolitik.

### **Neue Ansätze in der Energiewirtschaft**

Zu wenig Beachtung findet heute das Gleichgewicht zwischen Erzeugung, Speicherung und Netzen. Die monetären Anreize für die Speicherung und den Ausbau des Netzes sind bisher falsch gestellt, so dass diese gegenüber der Produktion zu wenig weiterentwickelt werden. Für die mittel- und langfristige Versorgungssicherheit sind Ansätze zu erarbeiten, welche die zeitliche Variabilität der Strompreise miteinbeziehen und den Speicherausbau, vor allem auf der untersten Netzebene, fördern. Dazu muss auch der Strompreis die entsprechenden Anreize setzen.

Die Idee der „Energiedienstleistung“ ist vor einigen Jahren aufgekommen und wird schon von innovativen Stadtwerken erfolgreich praktiziert. Dieses Modell soll über Anreizsysteme flächendeckend installiert werden, ähnlich wie es mit der Effizienz-Verpflichtung der Elektrizitätsversorger im Strombereich bereits angedacht wird.



## Kernenergiegesetz

4. Sind Sie damit einverstanden, dass Rahmenbewilligungen für die Erstellung neuer Kernkraftwerke nicht mehr erteilt werden dürfen?

*Kernenergiegesetz, Art. 12 Abs. 4 (neu)*

*Erläuternder Bericht: 1.2 sowie 2.2.6*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

### **Keine neuen KKW sind die wichtigste Rahmenbedingung für Investitionen in alternative Technologien**

Die Grünliberale Partei ist einverstanden damit, dass keine Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke mehr erteilt werden dürfen. Ausdrücklich einverstanden sind wir mit der Regelung auf gesetzlicher Ebene, da dies so relativ rasch, aber doch demokratisch legitimiert umgesetzt werden kann. Es bleiben jedoch noch essentielle Punkte ungelöst oder im Kernenergiegesetz zu ändern:

### **Laufzeitbeschränkungen**

An erster Stelle steht eine gesetzlich festgelegte Laufzeitbeschränkung für alle bestehenden Schweizer KKW und damit verbunden auch festgelegte Abschalttermine. Neben der Begrenzung des Risikos durch Alterung bietet die Laufzeitbeschränkung erhöhte Planungssicherheit in der gesamten Energiestrategie und für die notwendige Förderung der erneuerbaren Energien.

Die genaue Zahl der möglichen Betriebsjahre für ein KKW soll entsprechend der spezifischen örtlichen Rahmenbedingungen, in erster Linie Sicherheits- und Risikoaspekten, festgelegt werden. Möglich ist für die Grünliberalen auch eine Branchenlösung.

### **Ungelöste Endlagerung und Kostenwahrheit**

Die Endlagerung des Atommülls ist eine ungelöste Aufgabe. Nebst der Standortfrage regen wir eine möglichst baldige vollständige Internalisierung der Endlagerungs- und Rückbaukosten im Preis für Atomstrom an. Die Kostenwahrheit ist ein zentraler Pfeiler für eine ökonomisch effiziente Energiewende.

## Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz

5. Sind Sie damit einverstanden, dass Ausbauziele für die Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien sowie Verbrauchsziele gesetzlich festgelegt werden?

*EnG Art. 2 und 4, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: Gesamt sowie insbesondere 1.2, 1.3, 1.6, 2.1 (1. Kapitel)*

☒ **Ja, aber...**    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Grünliberale Partei stimmt der Frage nach der gesetzlichen Festlegung von Ausbau- und Verbrauchszielen zu. Folgende Bemerkungen möchten wir für die Überarbeitung einbringen:

### **Ausbauziele als Untergrenzen**

Die eigentlichen Ausbauziele sind für uns bei einzelnen Technologien zu wenig ambitioniert, wobei die Photovoltaik hier äusserst stark betroffen ist. Wir verstehen die Ausbauziele als Untergrenzen, sie dürfen keinesfalls den Ausbau der erneuerbaren Energien bremsen! Eine regelmässige Überprüfung ist deshalb nötig und sollte auch im Energiegesetz präzisiert werden. Ausserdem sollen die Ziele zwischen Bund und Kantonen abgesprochen werden, um Widersprüche zu vermeiden und zielgerichtete Massnahmen zu fördern (z.B. Raumplanung). Bezüglich konkreter Zielsetzungen verweisen wir auf die Zielsetzungen von Swisscleantech, welche wir als Grünliberale unterstützen.

### **Speicherung und Netze**

Ziele für Speicherung und Netze fehlen bisher gänzlich. Für eine nachhaltige Ablösung von Nuklear- und fossiler Technologie ist der Speicherausbau eine wichtige Voraussetzung. Damit erhalten die entsprechenden Massnahmen auch das nötige Gewicht und den nötigen politischen Support.

### **Technologiespezifische Ausbauziele**

#### ***Photovoltaik***

Die Grünliberalen fordern Zubauraten in der Grössenordnung von bis zu 30% bis ca. 2025, anschliessend kann eine Abflachung stattfinden: Entsprechend der Zielsetzungen von Swisscleantech wären damit die Ausbauziele 2.47 TWh PV bis 2020, 13.67 TWh bis 2035, 20.45 TWh bis 2050. Dies sind unter den aktuellen Trends realistische Zahlen, es müssen aber angemessene Rahmenbedingungen zur Realisierung geschaffen werden.

#### ***Wasserkraft***

Die Ziele im Bereich Wasserkraft sind aus Sicht der Grünliberalen Partei die realistischen unter den angesprochenen Technologien. Es gibt zwar noch Ausbaupotential bei der Wasserkraft, jedoch ist der Ausgleich von Schutz und Nutzung immer zu berücksichtigen. Es sind jene Standorte mit den geringsten Eingriffen in Natur und Landschaft zu priorisieren.

## **Geothermie**

Um in den nächsten Jahrzehnten den Beitrag der Geothermie substantiell zu erhöhen, braucht es Investitionen in Forschung und Entwicklung. Eine wichtige Rolle spielt dabei ein koordiniertes Vorgehen von Bund, Kanton und Städten/Gemeinden und ein früher Einbezug von möglichen Betreibern.

## **Fossile WKK als Übergangslösung in Abstimmung mit GuD**

Als Übergangslösung, wenn erneuerbare Erzeugung zu kurz greift oder Geothermie und andere neue Technologien nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen, werden Wärmekraftkopplungs(WKK)-Anlagen in Wärmenetzen und -verbünden in Quartieren benötigt. Eine solche Lösung ist mit dem Bau von GuDs abzustimmen. Die CO<sub>2</sub>-Kompensation dieser Anlagen ist für uns in jedem Fall zwingend.

WKK tragen, wenn sie wärmegeführt werden, zur Lösung der Sommer-Winter-Problematik bei. Das Potential von WKK mit erneuerbaren Energieträgern ist aufgrund des nutzbaren Biomassepotentials eher gering, weil wir zusätzlichen landwirtschaftlichen Biomasseanbau zur Energienutzung ablehnen. Sollte Wasserstoff aus erneuerbarer Erzeugung markttauglich werden, ist eine Umstellung auf Wasserstoff als Option zu analysieren. Spätestens ab 2050 sind zwingend Lösungen über Geothermie oder andere erneuerbare Energieträger zu finden. WKK-Anlagen sind also eine Option, die Grünliberalen sprechen sich aber zum heutigen Zeitpunkt gegen ein Ausbauziel für WKK aus. Statt einer staatlichen Förderung sehen wir nebst Aktivitäten von EnergieSchweiz in diesem Bereich eher ein „Branchenkontingent“ als zielführend. .

## **Verbrauchsziele**

Effizienz- und Verbrauchsziele sollen, wie im Entwurf angedacht, Teil des Gesetzestextes sein. Die unter Art. 4 vorgeschlagenen Ziele begrüßen wir.

Dass der Bund seit dem 1. Juli 2012 die Kompetenz hat, Effizienzvorschriften für Elektrogeräte zu erlassen, erachten wir als zielführend. Ein Gleichschritt mit EU-Vorschriften soll die Regel sein, wo sinnvoll muss die Schweiz aus grünliberaler Sicht aber auch weitergehen. Gegenüber den Massnahmen in der Energiestrategie sehen wir folgende weiteren Potentiale:

- Vermieter-Mieter-Problem: Es sind Anreize zu schaffen, dass sich Investitionen in effizientere Elektrogeräte in den Mietwohnungen eher lohnen.
- Umwälzpumpen von Gebäuden: Obwohl ab 2013 ein Verbot von neuen ineffizienten Geräten gilt, ist zu erwarten, dass alte Pumpen noch jahrelang in Gebrauch bleiben, obwohl ein Ersatz häufig rentabel wäre. Hier sind Schritte zu einer höheren Ersatzquote zu unternehmen (MuKE, EnergieSchweiz, Anreize etc.).

## Energieeffizienz

### Gebäude

6. Sind Sie mit der vorgesehenen Erhöhung der Gesamtmittel von Bund und Kantonen zur Verstärkung des Gebäudeprogramms ab 2015 auf maximal 600 Millionen Franken pro Jahr einverstanden?

*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2*

☒ **Ja, aber...**    ☐ **Nein**    ☐ **keine Stellungnahme**

Bemerkungen:

Die Grünliberale Partei ist mit der Verstärkung des Gebäudeprogramms einverstanden. Wir haben aber verschiedene Vorbehalte und Vorschläge zu dieser Massnahme und zum Massnahmenpaket im Bereich „Energieeffizienz Gebäude“ generell:

#### **Ökologische Steuerreform statt Förderung**

Förderprogramme haben den Nachteil, dass sie auch gleichzeitig als Bauförderung wirken können. Eine ökologische Steuerreform resp. starke Lenkungsabgaben helfen die Förderung abzubauen, weshalb wir die Integration der Lenkungsabgabe im ersten Massnahmenpaket fordern. Förderung soll zeitlich begrenzt und durch eine genügend hohe CO<sub>2</sub>-Abgabe oder nachfolgende Lenkungsabgaben („Energie- statt Mehrwertsteuer“) und, wo nicht anders möglich, von Verboten abgelöst werden.

#### **Sanierungsraten und Sanierungseffizienz**

Eines der wichtigsten Ziele ist eine substantielle Steigerung der Sanierungsraten, wobei die natürlichen Sanierungszyklen allein mit einer Verdoppelung der Fördermittel nicht verkürzt werden. Wichtig scheint es uns, mehr langfristige und gesamtheitliche Planungen und Sanierungen anzuregen (siehe oben ökologischen Steuerreform und Anreizsysteme). So muss ein Anreizsystem eingeführt werden, um nachhaltige Investitionen in Gebäude für Vermieter wie Mieter interessanter zu machen. Die Befreiung der Liegenschaften von der Erbschaftssteuer im Falle einer energetischen Sanierung könnte geprüft werden.

#### **Fehlende Richtlinien ergänzen**

Es fehlen Richtlinien zu Dienstleistungen im Bereich Planung, Gebäudetechnik und -automation. Damit meinen wir Anforderungen an die Ausrichtung von Gebäuden in Bezug auf Passivwärmenutzung, Beschattung, Tageslichtnutzung und Gebäudeoptimierungstechnik. Planerische Arbeiten, welche diese Branchen erbringen, haben einen enormen Einfluss auf den Energieverbrauch von Gebäuden während ihrer gesamten Lebensdauer. Heute besteht aber bei Architekten und Haustechnikplanern häufig nur ein minimales Interesse, die Betriebs- respektive die Energiekosten einzubeziehen. Der Bund soll deshalb gemeinsam mit den Kantonen und Organisationen, z.B. dem SIA, neue Richtlinien und Anforderungen an Architekten und Haustechnik-Planer (Heizung, Lüftung, Klima, Sanitär und Elektro) erarbeiten.

7. Welche Variante bevorzugen Sie bei der Änderung der gesetzlichen Grundlage für die Verwendung des Ertrags aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe für den Gebäudebereich?

*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2*

- ☐ Variante 1 (*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 1*)
- ☒ **Variante 2** (*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 2*)
- ☐ Keine der beiden Varianten
- ☐ Keine Stellungnahme

Bemerkungen:

#### **Bewährtes System fortführen und verbessern**

Die Grünliberalen setzen sich für eine Finanzierung hauptsächlich durch eine höhere CO<sub>2</sub>-Abgabe ein. So wird doppelt CO<sub>2</sub> reduziert, einerseits durch höhere Mittel für die Vermeidung von CO<sub>2</sub>-Emissionen bei Gebäuden, andererseits durch höhere Anreize für Effizienz und den Einsatz von erneuerbaren Energien.

Das heutige System ist eingespielt und muss nicht grundsätzlich hinterfragt werden. Weder wollen die Grünliberalen die Verantwortung vollumfänglich an die Kantone und damit in verschiedene Systeme auslagern, noch die Kapazitäten beim Bund zentralisieren und dort vergrössern. Variante 1 ist auszuschliessen, denn die Dezentralität verhindert in diesem Fall eine effiziente Umsetzung und Zielerreichung.

Variante 2 wird heute gelebt, auch wenn sie in einzelnen Punkten verbessert werden kann: So wären weniger Ansprechpartner und eine Bereinigung der unübersichtlichen Förderlandschaft sinnvoll. Die Förderkriterien sind zu überdenken und es ist sicherzustellen, dass die Mitnahmeeffekte tief gehalten und die erwartete Wirkung erzielt werden können. Kantonale Schwerpunkte ermöglichen es aber, je nach Bausubstanz und Klimabedingungen gezielt zu fördern.

Die kantonalen Kompetenzen sollen in den nächsten Jahren diskutiert werden dürfen, um Themen wie Sanierungspflicht oder das Verbot elektrischer und fossiler Heizungen angehen zu können.

8. Sind Sie damit einverstanden, dass Kosten für Gebäudeinvestitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, über drei Jahre verteilt steuerlich abgezogen werden können, und dass ab 2025 Investitionen (vgl. erläuternder Bericht: 2.2.3), die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen nur dann steuerlich abzugsberechtigt sind, wenn das betroffene Gebäude einen bestimmten energetischen Mindeststandard aufweist? *Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, Art. 31a (neu), Art. 32 Abs. 2<sup>bis</sup> (neu), Art. 32 Abs. 2<sup>ter</sup> (neu), Art. 67a (neu) und Art. 205e (neu); Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, Art. 9 Abs. 3<sup>bis</sup> bis Abs. 3<sup>quinquies</sup> (neu), Art. 10 Abs. 1<sup>ter</sup> (neu), Art. 25 Abs. 1<sup>ter</sup> und Art. 72q (neu) und 78f (neu)*  
*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude), 2.2.3 und 2.2.4*

☒ Ja, aber...    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

#### **Ökologische Steuerreform statt aufwendiger Festlegung von Mindeststandards**

Wir haben bei dieser Massnahme grundsätzliche Bedenken bezüglich der Steuergerechtigkeit, weil sie wohlhabende Bürger mit Wohneigentum bevorzugt. Dieses Problem würde bei einer ökologischen Steuerreform nicht auftreten.

Unter den gegenwärtigen Umständen kann die Förderung über steuerliche Abzüge aber Gesamtanierungen gegenüber Teilsanierungen bevorzugen, was wir begrüssen. Es besteht aber wiederum die Gefahr, dass allenfalls sinnvolle Teilsanierungen dadurch aufgeschoben werden, bis man das Geld für die Gesamtanierung beisammen hat. Damit deren nachhaltige Planung garantiert ist, sollten Totalsanierungen allenfalls auf bis zu 5 Jahren abgezogen werden können.

Wichtig scheint uns in diesem Zusammenhang auch die Berücksichtigung der Eigenmietwert-Thematik – der Eigenmietwert darf sich durch energetische Investitionen nicht erhöhen bzw. sollte nach einer Sanierung z.B. in Abhängigkeit einer Energieetikette über 5 oder 10 Jahre je nach Wert deutlich reduziert werden können!

Die Festlegung von Mindeststandards scheint uns ein komplexes und bürokratisches Unterfangen, folgende Punkte sollten in unseren Augen bedacht werden:

- 1) Der Vollzugsaufwand muss überschaubar und die Transparenz gewahrt bleiben.
- 2) Allzu grosse kantonale Unterschiede in der Auslegung der Gesetzesänderungen sind zu vermeiden.
- 3) Die Abzüge sind so auszugestalten, dass die Mitnahmeeffekte möglichst tief gehalten werden, es soll keine Bauförderung betrieben werden.
- 4) Innovative, aber allenfalls unübliche Massnahmen, vor allem, wenn es um Benutzerverhalten geht, sollen ebenfalls honoriert werden.

Die Grünliberalen befürworten deshalb eine ökologische Steuerreform oder Lenkungsabgabe, um hier auf unkomplizierte Weise die richtigen Anreize zu setzen.

## Mobilität

9. Sind Sie mit der Verschärfung des CO<sub>2</sub>-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Personenwagen auf durchschnittlich 95 g CO<sub>2</sub>/km bis Ende 2020 einverstanden?  
*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderung Art. 10*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

### **Emissionszielwerte im Einklang mit Europa ja, aber trotzdem eine Lenkungsabgabe**

Wir sind mit der Verschärfung des Emissionszielwertes wie oben definiert einverstanden. Obwohl die Grünliberalen noch tiefere Grenzwerte befürworten würden, scheint uns die Übernahme der EU-Vorschriften der richtige Weg. Um aber eine tatsächliche Erreichung der Ziele innerhalb einer nützlichen Frist zu erreichen, müssen die CO<sub>2</sub>-Abgabe resp. eine generelle Lenkungsabgabe auch für den Bereich Mobilität möglichst rasch wieder diskutiert werden. Dies auch unter Berücksichtigung der Internalisierung externer Kosten!

An dieser Stelle möchten wir darauf hinweisen, dass wir im ersten Massnahmenpakete zentrale Mobilitätsmassnahmen vermissen. Wir fordern deshalb substantielle Erweiterungen:

### **Grundsätze und Prioritäten**

1. Anreize zur Vermeidung von Verkehr – Massnahmen im Bereich Raumplanung (z.B. Zusammenführen von Wohnen, Arbeit, Freizeit), Anreizsysteme bei den Arbeitgebern (z.B. zur Vermeidung der Rush hour). Die Grünliberalen befürworten die Ausarbeitung eines Finanzierungskonzepts, welches die Umsetzung der Energiepolitik begünstigt und falsche Anreize ausmerzt. Eine Verstärkung der ämterübergreifenden Koordination würde die Umsetzung nachhaltiger Mobilität ebenfalls begünstigen.
2. Anreize zur Effizienzsteigerung im Verkehr - Einsatz neuer Informationstechnologien zur Optimierung der Verkehrsflüsse und des öffentlichen Verkehrs, Verlagerung von der Strasse auf die Schiene (Güter- und Personenverkehr), Modelle zur bessere Auslastung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) und kombinierte Mobilität, Unterstützung von Leichtbaufahrzeugen, Fahrausbildungen für effizienteres Fahren (EcoDrive) usw. Zur Erreichung dieser Ziele würden wir Grünliberalen ausserdem ein Mobility-Pricing sehr begrüssen.
3. Anreize zur Umstellung des MIV und des Strassengüterverkehrs auf emissions- und energiesparende Fahrzeuge, inkl. Hybridfahrzeugen und Elektromobilen.  
Viele dieser Forderungen können auch durch eine Verstärkung des Bereichs Mobilität bei EnergieSchweiz angetrieben werden.

**Elektromobilität**

Die Elektromobilität muss im ersten Massnahmenpakete integriert werden, denn sie ist zentraler Teil einer „energieeffizienten Mobilität“. Für die Grünliberalen ist dabei selbstverständlich, dass Elektromobilität nur mit erneuerbarem Strom und mit Leichtbau kombiniert eingeführt werden darf. Ausserdem ist die strategische Einbindung in die Netzinfrastruktur zu beachten und die potentielle Nutzung für Speicherung etc. frühzeitig einzuplanen. Für eine detaillierte Argumentation, siehe das grünliberale Positionspapier zur Elektromobilität (unter [www.grunliberale.ch](http://www.grunliberale.ch)).

**Infrastruktur**

Die Grünliberalen begrüssen die angedachte Prüfung von Solarpanels an Autobahnen und auf Lärmschutzwänden. Kulturland soll aber nur genutzt werden, wo an die Autobahnen grenzende Landstreifen nicht anderweitig nutzbar sind. Verstärkt werden soll die Nutzung von Parkplätzen und Parkplatzüberdachungen, wo durch Kühlung und Überdachung Nebeneffekte erzielbar sind. Generell sollen Infrastrukturanlagen, z.B. für Energie und Transport, gebündelt werden (Bsp. erdverlegte Stromleitungen entlang von Autobahnen oder SBB-Linien).



10. Sind Sie mit der Einführung eines CO<sub>2</sub>-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Lieferwagen und leichten Sattelschleppern und dessen Festlegung auf durchschnittlich 175 g CO<sub>2</sub>/km bis Ende 2017 und auf durchschnittlich 147 g CO<sub>2</sub>/km bis Ende 2020 einverstanden?

*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderung Art. 10*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir beziehen bezüglich der Emissionzielwerten für Lieferwagen und leichte Sattelschlepper die gleichen Positionen wie bei den Personenwagen (siehe Bemerkungen zu Frage 9). Wir möchten speziell zum Gütertransport festhalten:

Gütertransport generell - Die Grünliberalen unterstützen die bereits geleisteten sowie die geplanten Massnahmen. Unbedingt betonen möchten wir die Wichtigkeit der weiteren Verlagerung des Gütertransports von der Strasse auf die Schiene sowie die Vermeidung von Leerfahrten. Der Bund wird aufgefordert, für die Vermeidung von Leerfahrten Vorschläge für Börsen oder Datenbanken zu erarbeiten, die von der Branche mitgetragen werden.

Bau- und Landwirtschaft - Die Fahrzeuge der Bauindustrie und der Landwirtschaft werden in der vorliegenden Strategie nicht oder nur am Rande erwähnt. Mit diesem Umstand sind wir nicht zufrieden und fordern, dass diese Fahrzeugkategorien ebenfalls in angemessener Weise in die Strategie aufgenommen werden.

## Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft

11. Sind Sie damit einverstanden, dass Elektrizitätslieferanten Zielvorgaben zur stetigen Steigerung der Effizienz beim Elektrizitätsverbrauch erfüllen müssen (mittels Einführung von sogenannten weissen Zertifikaten)?

*EnG, Art. 43 bis 46, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Energieversorgungsunternehmen) sowie 2.1 (6. Kapitel 3. Abschnitt)*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die stärkere Einbindung der Energiewirtschaft und Zielvorgaben im Effizienzbereich begrüssen die Grünliberalen. Einige Bemerkungen zur Umsetzung:

### **Ökologische Steuerreform statt Vorschriften**

Wir möchten auch hier betonen, dass eine ökologische Steuerreform resp. eine Lenkungsabgabe das System wesentlich vereinfachen könnte. Dies würde auch die Bereiche Strom und Wärme dem gleichen System unterstellen, was mit den vorgeschlagenen Regeln des ersten Massnahmenpaketes nicht der Fall ist.

### **Alternative zum System „Weisse Zertifikate“**

Wir begrüssen die Absicht, Stromeffizienz als wichtigen Bestandteil der neuen Energiepolitik zu bezeichnen und konkrete Ziele und Massnahmen zur Reduktion des Stromverbrauches zu definieren. Wie die Elektrizitätswerke dies erreichen möchten, ob mit einer progressiven Gestaltung der Strompreise, Anreizsystemen oder anderen Instrumenten, kann auf Bundesebene offen gelassen werden, solange die Ziele durchgesetzt und auch kontrolliert werden. Wir erachten das System mit weissen Zertifikaten als zu kompliziert, zu bürokratisch und für wenig zielführend. Stattdessen würden die Grünliberalen ein Bonus-, allenfalls auch ein Bonus-Malus-System vorschlagen.

Das Konzept der „Energiedienstleistung“ wird von Stadtwerken und anderen Akteuren seit Jahren erfolgreich eingesetzt. Wir erhoffen uns von einer Effizienzzielvorgabe auch einen Schub für dieses System.

### **Offene Fragen rasch klären**

- Wer ist der beste Adressat für diese Massnahme – Elektrizitätslieferant oder der Netzbetreiber?
- Welche Kundengruppe ist angesprochen? (Grossverbraucher sind bereits über andere Massnahmen eingebunden.) Wie wird die Koordination mit anderen Massnahmen sichergestellt?
- Ist eine Ausweitung auf andere Energieträger denkbar? Eine Einführung nur auf Strom stellt eine Marktverzerrung dar.
- Wie werden wirkungsübergreifende Mitnahmeeffekte unbürokratisch verhindert?



12. Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund Unternehmen der Energiewirtschaft aus Gründen der Transparenz und Information verpflichten kann, Daten zu veröffentlichen (insbesondere bezüglich Strom- und Wärmeverbrauch von Kundengruppen sowie bezüglich Angeboten und Massnahmen zur Förderung einheimischer und erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz)?

*EnG, Art. 62, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 2.1 (9. Kapitel)*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir sind einverstanden und erachten diese Massnahme als sehr sinnvoll.

Folgende Bemerkungen möchten wir anbringen:

- Bedingung ist, dass die Kundendaten nur anonymisiert zur Verfügung stehen. Art 62, Absatz 2 sollte deshalb die "geeignete Form" näher beschreiben.
- Wir regen an, dass die Energieunternehmen motiviert (oder verpflichtet) werden, ihren Kunden detaillierte Verbrauchsdaten zur Verfügung zu stellen, vor allem, wo diese bereits erfasst werden. Als Beispiel kann die „Green Button Initiative“ der US Regierung dienen (<http://www.greenbuttondata.org/>).

### Industrie und Dienstleistungen

13. Sind Sie mit der Ausweitung der wettbewerblichen Ausschreibungen auf Elektrizitätsproduktion und -verteilung einverstanden?

*EnG, Art. 33, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (4. Kapitel)*

☒ **Ja, aber...**    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

#### **Verbesserung des Instruments**

Das Instrument der wettbewerblichen Ausschreibung stellt einen interessanten Ansatz dar, jedoch braucht es noch einige Jahre Erfahrung und laufende Anpassung der Rahmenbedingungen zur Optimierung. Das Hauptproblem sind die Rahmenbedingungen bezüglich des Risikos, welches mit der Finanzierung in Abhängigkeit der tatsächlich erreichten Einsparungen zusammenhängt. Vom Reifegrad des Instruments her macht eine schrittweise Steigerung der Mittel Sinn; das Maximum aber erst 2025 bis 2030 anzusetzen, ist für die Grünliberalen spät, da viele Projekte sicher früher reif wären.

14. Sind Sie damit einverstanden, dass sich Endverbraucherinnen und Endverbraucher mit einem Elektrizitätsverbrauch von mehr als 0,5 GWh pro Jahr gegenüber dem Bund zur Steigerung der Stromeffizienz sowie zur Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses verpflichten können und damit den Netzzuschlag rückerstattet erhalten?

*EnG, Art. 38, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (5. Kapitel 1. Abschnitt)*

☐ Ja    ☒ **Nein, aber...**    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

#### **Alternative zum Vorschlag**

Die Grünliberalen befürworten die Absicht, dass auch für Grossverbraucher und nicht nur für energieintensive Unternehmen Anreize zum Stromsparen geschaffen werden sollen. Das nun vorliegende Instrument entspricht aber nicht mehr der ursprünglichen Absicht der Fachleute, da jetzt einerseits die KEV erhöht wird und gleichzeitig die Unternehmen vom KEV-Zuschlag befreit werden. Das KEV-System wird so ad absurdum geführt.

Wir schlagen als Alternative vor, die Rückerstattung des Netzzuschlages mit verpflichtenden Zielvereinbarungen und der Umsetzung sämtlicher wirtschaftlicher Energieeffizienzmassnahmen zu verbinden. Mit einem Sanktionsmechanismus (Unternehmen, welche ihre Ziele nicht einhalten, zahlen eine Busse) könnten zusätzlich die wettbewerblichen Ausschreibungen, bzw. die Förderung von knapp nicht wirtschaftlichen Massnahmen, alimentiert werden.

#### **Grenzwert in Bezug zur Bruttowertschöpfung statt zum Elektrizitätsverbrauch**

Der Jahres-Elektrizitätsverbrauch von 0,5 GWh als Grenzwert ist zu überprüfen – wir schlagen einen Bezug auf die Bruttowertschöpfung mit einer Mindestuntergrenze des Energieverbrauchs vor. Bspw. könnte ab 10% eine Wahlmöglichkeit bestehen, zwischen 5 und 10% kann sie diskutiert werden.

#### **Massnahmen für KMU und Kleinverbraucher**

Ein Fokus auf energieintensive und grosse Verbraucher macht mittelfristig Sinn. Langfristig müssen jedoch auch Lösungen für mehr Energieeffizienz und die Substitution von fossilen Energieträgern für die 200'000 Schweizer KMU gefunden werden. In der Summe tragen diese beachtlich zum Energieverbrauch bei. Wir erachten auch hier die ökologische Steuerreform als das effizienteste und geeignetste Mittel, um hier die richtigen Anreize zu setzen.

## Erneuerbare Energien

15. Sind Sie mit der Einführung einer gemeinsamen Planung von Bund und Kantonen sowie eines gesamtschweizerischen Ausbaupotenzialplans für den Ausbau der erneuerbaren Energien einverstanden?

*EnG, Art. 11 und 12, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)*

☒ **Ja, aber...**    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

### **Koordination ja, Naturschutz aber nicht aushebeln**

Wir sind mit der Einführung einer gemeinsamen Planung von Bund und Kantonen einverstanden. Wir möchten aber betonen, dass der Naturschutz dabei einen klaren Stellenwert behalten muss.

### **Vorteile der Planung**

Gerade bei grösseren Anlagen (Windenergie, grössere Photovoltaik-Anlagen, Geothermie oder Biomasse) ist eine gemeinde- und teils kantonsübergreifende oder sogar nationale Planung sinnvoll. Gerade bei der Windenergie bewirkt eine regionale Koordination, dass die besten Standorte genutzt, andere Regionen dafür unbelastet bleiben, z.B. in Bezug auf Landschafts- und Vogelschutz. Regionen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, gleichzeitig muss aber auch ein Verständnis geschaffen werden, dass man nicht zu allen Anlagen der erneuerbaren Energien Nein sagen kann, wenn wir den Atomausstieg erreichen wollen. Eine nationale Planung würde auch eine abgestimmte und breit abgestützte Abwägung von Natur- und Landschaftsschutzanliegen mit der Priorität der erneuerbaren Energien ermöglichen.

### **Verankerung von Naturschutz im Energiegesetz**

Im Sinne der nachhaltigen Entwicklung sprechen wir uns klar für die Berücksichtigung des Gebotes für die Minimierung von Konflikten und eine Planung mit sowohl Nutz- wie auch Schutzgebiete-Abwägung aus. Dabei sind nicht nur Nutz-, sondern auch Ausschlussgebiete zu definieren.

Deshalb müssen Artikel 11 bis 16 so angepasst werden, dass der Einbezug von Schutzinteressen klar definiert wird. Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll dem Prinzip folgen, dass diejenigen Anlagen mit dem kleinsten Interessenkonflikt zwischen energetischer Nutzung und Naturschutz zuerst gebaut werden. Kompensierende Massnahmen sind einzuplanen.

16. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kantone verpflichtet werden, insbesondere für Wasser- und Windkraft geeignete Gebiete und Gewässerstrecken im Richtplan festzulegen und dazu einen Nutzungsplan vorzulegen?

*EnG, Art. 13, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)*

☒ **Ja, aber...**    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Diesen Vorschlag nehmen wir mit der gleichen grundsätzlichen Argumentation wie bei Frage 15 an, möchten aber einige Vorbehalte und Änderungsvorschläge beifügen.

### **Generell**

Die Nutzungsplanung soll der technologischen Entwicklung angepasst werden können. Die Nutzungsplanung muss wie unter Frage 15 schon festgehalten ein Interessensgleichgewicht mit Raumplanung und Naturschutz finden. Hilfreich wären Kriterien für Anlagentypen, die im Sinne von Mindeststandards angewendet werden können.

### **Wasser**

Verbleibende Wasserkraftpotentiale sind unter klarer Abwägung von Kosten im Naturschutz und energetischem Mehrwert angemessen zu nutzen. Es sind jene Standorte mit den kleinsten Naturschutz-Auswirkungen zu wählen, weshalb es sinnvoll ist, Richt-, Schutz- und Nutzungsplanungen zu erstellen, auch wenn dies Ressourcen benötigt.

### **PV**

Für die Grünliberalen haben PV-Anlagen auf infrastrukturegebundenen Anlagen (Dächer, Autobahnen etc.) klar Priorität. Trotzdem befürworten die Grünliberalen PV-Anlagen auf sogenannten Konversionsflächen (alten Deponien, Waffenplätzen, Schiessplätzen etc.). Es braucht einen klaren Kriterienkatalog, wann eine solche Fläche genutzt werden kann. Wenn diese einfach rekultiviert oder zurückgebaut werden können, sollte der Naturschutz Priorität bekommen. Bei neuen Anlagen wie z.B. der geplanten PV-Anlage am Walensee, ist eine Gesamtabwägung vorzunehmen, schaffen diese Anlagen doch auch neue ökologische Nischen.

### **Wind**

Auch wenn die Schweiz kein Windland wie Deutschland ist - an einigen Standorten besteht Potential. Wir benötigen die Windenergie als Teil des Strommix, da es die eine Technologie nicht mehr geben wird. Die Grünliberalen setzen sich deshalb dafür ein, dass Windenergie als Pfeiler der künftigen Stromproduktion genutzt wird, wobei auch hier ähnlich wie bei der Wasserkraft die Natur- und Landschaftsschutzbedenken ernst genommen resp. mit vernünftigem Aufwand abgeklärt werden müssen und jene Standorte bevorzugt werden, wo die Einwirkungen am geringsten sind. Eine grosse Rolle spielen bei der Windenergie Vorgehen und Kommunikation zum Aufbau einer regionalen Akzeptanz – hier ist wohl vor allem EnergieSchweiz gefordert.



17. Sind Sie damit einverstanden, dass für neue Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ab einer gewissen Grösse und Bedeutung ein nationales Interesses statuiert wird?

*EnG, Art. 14, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)*

☒ **Ja, aber...**    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

**Verfahrenskoordination und –beschleunigung im Fokus – Verbandsbeschwerderecht nicht aushebeln**

Ein nationales Interesse ist für einzelne Fälle durchaus gerechtfertigt, um langwierige Pattsituationen zu vermeiden (Bsp. Grimselerweiterung). Das Verbandsbeschwerderecht darf aber auf keinen Fall ausgehebelt werden, wichtig sind hingegen Verfahrenskoordination und Verfahrensbeschleunigung für die Interessenabwägung.

**Generelle Bemerkungen**

Allenfalls wäre eine nationale Bedeutung für Nutzungsgebiete statt der nationalen Bedeutung für Grossanlagen eine Lösungsvariante.

Nicht ausser Acht gelassen werden darf die Koordination mit den kantonalen Richtplänen.

**Gewässerschutz**

Die Grünliberalen stehen für einen griffigen Gewässerschutz ein. So sind zuerst all jene Potentiale auszunutzen, wo nicht grundsätzliche Schutzinteressen tangiert werden, so dass Gewässerstandorte mit hoher naturschützerischer Bedeutung weiterhin bewahrt werden können. Eine Interessenabwägung muss in jedem Fall den Natur- und Umweltschutz stark gewichten und es ist eine Abstimmung zwischen nationalen, kantonalen und regionalen Interessen sicherzustellen.

### **Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht**

18. Sind Sie mit der Einführung einer Eigenverbrauchs-Regelung, d.h. der Schaffung der gesetzlichen Möglichkeit für Anlagebetreiber selbst produzierte Energie selber zu verbrauchen, einverstanden?

*EnG, Art. 17 Absatz 2, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 1. Abschnitt)*

☒ **Ja**    ☐ **Nein**    ☐ **keine Stellungnahme**

Bemerkungen:

Wir stimmen diesem Vorschlag grundsätzlich zu.

Private Verbraucher, die selbst Strom produzieren, sind für ihren Energieverbrauch und die Energieeffizienz von Geräten sensibilisiert – darin liegen wahrscheinlich die grösste Effizienzsteigerung und ein grosses Stromspar-Potenzial. Deshalb ist der Eigenverbrauch einer der zentralen Punkte, um den Verbrauch zu senken.

Es fehlt aber noch der Einbezug der Netzbelastung. Es wären Anreize für dezentrale Speicherung und die Steuerung der Verbraucher für einen im Hinblick auf die Netzbelastung optimierten Eigenverbrauch sinnvoll.

### Einspeisevergütungssystem

19. Sind Sie mit dem Ausschluss von Kehrlichtverbrennungs- und Klärgasanlagen sowie Anlagen, die teilweise fossile Brenn- oder Treibstoffen nutzen, aus dem Kreis der teilnahmeberechtigten Anlagen einverstanden?

*EnG, Art. 18 Absatz 4, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Grundsätzlich stimmen die Grünliberalen diesem Ausschluss zu, da die öffentliche Hand angehalten ist, bei ihren Anlagen (KVA, ARA) eine Vorbildfunktion einzunehmen. Allenfalls könnte es sinnvoll sein, den Anlagenbetreibern zu ermöglichen, die nicht amortisierbaren Gestehungskosten anderweitig decken zu können, z.B. über Einbindung dieses Stroms in die Standardangebote.

20. Sind Sie mit der Begrenzung der jährlich zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen einverstanden? Diese Kontingentierung soll als Ersatz für die heutige mehrstufige Regelung mit Gesamtdeckel und Teildeckel dienen.

*EnG, Art. 20, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)*

☐ Ja   ☒ **Nein, aber....**   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

**Begrenzung ja, aber auf höherem Niveau**

Eine gewisse Begrenzung der jährlich zu fördernden PV-Anlagen ist durchaus sinnvoll, allerdings sind die in der vorliegenden Version eingeplanten Deckel viel zu tief (s. Frage 5 zu den Zielen und konkreten Zahlen). Wichtig scheint uns die regelmässige Anpassung der Vergütung an die Marktpreise. Wenn die Gestehungskosten unter die Marktpreise fallen, kann die KEV zugunsten einer Stromabnahmeverpflichtung für die Energieversorger aufgegeben werden.

**Bessere Steuerung der Auslegung**

Die heutigen Regelungen haben zur Folge, dass alle PV-Anlagen auf eine maximale jährliche Produktionsmenge ausgerichtet sind. Dies führt dazu, dass das Produktionsmaximum bei den meisten Anlagen zur gleichen Tages- und Jahreszeit erreicht wird. Daraus ergeben sich übermässige Netzbelastungen und höherer Speicherbedarf. Für einen nachhaltigen Aufbau des PV-Potenzials und eine bessere Netzauslastung ist der Einbezug der Ausrichtung, Neigung und Standort in die KEV zu prüfen. Für eine einfache Handhabung wäre eine Steuerung über das Verhältnis zwischen PV-Grösse und Netzanschluss-Beanspruchung denkbar (je kleiner dieses Verhältnis, umso besser für das Netz).

21. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Vollzug des Einspeisevergütungssystems und der neuen Aufgaben (Einmalvergütung für kleine Photovoltaik-Anlagen, WKK-Vergütungssystem) eine separate Stelle in der Form einer Tochtergesellschaft bei der nationalen Netzgesellschaft geschaffen wird?

*EnG, Art. 65 und 66, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 2.1 (10. Kapitel)*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir stimmen diesen Massnahmen zu.

Der Vollzug muss transparenter und das geltende Bewilligungsverfahren wesentlich effizienter werden. Die Auslagerung zu einer von der Elektrizitätswirtschaft unabhängigen Stelle ist deshalb wünschenswert.

### Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen

22. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW ausserhalb des Modells der Einspeisevergütung gefördert werden?

*EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir begrüssen Förderung von Kleinanlagen bis 10 kW ausserhalb der KEV. Zu prüfen ist, ob 10 kW allenfalls bis maximal 30 kW anzuheben sind und man einem Betreiber einer PV-Anlage im Bereich über 10 kW eine Wahlmöglichkeit einräumt (Anmeldung für KEV oder separate Förderung).

Die Einmalvergütung sollte aber nicht mit einem fixen Prozentsatz auf die Investitionen festgelegt werden. Wir fordern vielmehr, dass ein dynamischer Steuerfaktor, welcher Leistung, Ausrichtung und Netzbelastung der Anlage berücksichtigt (siehe Frage 20), verwendet wird. Die Mehrkosten für ein solches Beurteilungssystem lohnen sich unter dem Strich, denn die Folgekosten von schlecht dimensionierten Anlagen sind hoch.

23. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW mit einem einmaligen Beitrag (Einmalvergütung) anstelle der Einspeisevergütung gefördert werden? Oder bevorzugen Sie – als Alternative zur Einmalvergütung – das Net Metering für die künftige Förderung der kleinen Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW?

*EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)*

- ☒ Einmalvergütung
- ☒ Net Metering
- ☐ Keine der erwähnten Optionen

Bemerkungen:

Die Grünliberalen würden die kombinierte Anwendung beider Systeme begrüßen. Net Metering soll für grössere Anlagen generell gelten. Gerade mit saisonaler Saldierung vereinfacht Net Metering die Abrechnung kleiner Strommengen. Für Anlagen auf Mehrfamilienhäusern ist eine Aufteilung auf alle Bezüger im Hause zu berücksichtigen. Gleichzeitig ist vorzuschreiben, dass der Netzbetreiber keine weiteren, für die Verrechnung nicht erforderlichen Messeinrichtungen vorschreibt, welche auf Kosten des Anlagenbetreibers gehen. Bei Einmalvergütung wäre ebenfalls noch zu prüfen, ob 10 kWp die richtige Grenze ist, allenfalls liegt sie auch bei 15 oder 20 kWp; oder man räumt den Investoren in einem Zwischenbereich eine Wahlmöglichkeit zwischen den Systemen ein (Einmalvergütung und/oder Net Metering versus Einspeisevergütung).

Ein Hinweis wäre zu machen für grössere (Gemeinschafts-)Projekte: Auf neu genutzten Arealen ist allenfalls eine Netzverstärkung nötig, wenn grosse PV-Mengen geplant werden, welche frühzeitig angegangen werden muss.

24. Sind Sie mit damit einverstanden, dass die kleinen Photovoltaik-Anlagen unter 10 kW auf der Warteliste (ohne positiven Bescheid) vom Einspeisevergütungssystem ausgenommen und mittels Einmalvergütung gefördert werden?

*EnG, Art 71, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt sowie 12. Kapitel)*

☒ **Ja aber**      ☐ Nein      ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Überlegung, PV-Anlagen unter 10kW aus dem System der Einspeisevergütung auszunehmen, wird von den Grünliberalen unterstützt. Wer sich aber unter den bisherigen Voraussetzungen für die Einspeisevergütung angemeldet hat, soll zwischen einer Einmalvergütung und/oder Net Metering oder dem Verbleib auf der Warteliste wählen können. Es ist in unseren Augen unnötig, Investoren zu enttäuschen, die mit einer Einspeisevergütung rechnen, mag sie auch verspätet kommen. Ausserdem muss von der Anmeldung bis zur Realisierung zwischen dem System gewechselt werden können, da Anlagen teilweise um Faktoren grösser gebaut werden, als sie angemeldet wurden. Es soll zwischen bereits installierten und erst geplanten Anlagen unterschieden werden. Die allfällige Einmalvergütung soll nicht ein fixer Prozentsatz auf Investitionskapital sein, sondern in Abhängigkeit von Leistung und Ausrichtung der Anlagen festgelegt werden.



## Netzzuschlag

25. Sind Sie mit der Entfernung des Gesamtdeckels sowie der Teildeckel für die Finanzierung der Vergütungen einverstanden?

*EnG, Art 36, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (5. Kapitel)*

☒ **Ja, aber...**    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

### **Aktiv bewirtschaften, Netzbelastung vorbeugen**

Grundsätzlich befürworten die Grünliberalen die vorgeschlagene Entfernung von Gesamt- und Teildeckeln. Wichtig sind uns hier die dynamische Steuerung und die Anpassung an die technologischen Entwicklungen und die frühzeitige Thematisierung der Netzbelastung (s. auch Frage 20), d.h. die Verteilung der Produktionsmaxima sowie Anreize für Speicherung / Reservehaltung.

## Fossile Kraftwerke

26. Sind Sie mit der Einführung eines WKK-Vergütungssystems einverstanden?

*EnG, Art 31 ff., Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)*

☐ Ja    ☒ **Nein**    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

### **Branchenlösung statt Flickenteppich**

Neue fossile Kraftwerke sind ein Widerspruch zu klaren Fortschritten im Klimaschutz. Der Klimaschutz ist ein genauso drängendes Problem wie der Atomausstieg. Deshalb sind wir klar gegen ein staatlich gefördertes Vergütungssystem für fossile Kraftwerke.

Die Grünliberalen können sich aber vorstellen, fossile Kraftwerke als Übergangslösung, wenn erneuerbare Erzeugung zu kurz greift oder Geothermie und andere neue Technologien nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen, zu unterstützen. Dabei sind WKK und GuD abzustimmen und WKK bis spätestens 2050 mit erneuerbaren Energieträgern resp. Geothermie zu betreiben.

### **WKK nur koordiniert und wärmegeführt in Wärmeverbänden**

Bereits heute sind in mehreren Gemeinden erfolgreiche Wärme- oder Kälteverbände in Betrieb, in der Regel wärmegeführt, vor allem dort, wo eine kommunale oder regionale Energierichtplanung dies koordiniert. WKK sollen, so denn nötig und sinnvoll, in eine Strategie eingebunden und wärmegeführt sowie auf Wärmeverbände ausgerichtet gefördert werden. Wir bevorzugen dabei eine Branchenlösung, z.B. mit einer regionalen Quotenregelung (siehe Frage 29) und Einbezug privater Initiativen, gegenüber einem WKK-Vergütungssystem. Denn es sollen nicht so viele Anlagen wie möglich gebaut werden, sondern lediglich eine gewisse Anzahl zur Überbrückung.

27. Sind Sie mit dem Förderbereich des Vergütungssystems für WKK einverstanden (Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von 0,35 MW bis und mit 20 MW)?

*EnG, Art.31 Abs. 1, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)*

☐ Ja    ☒ **Nein**    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir lehnen das Vergütungssystem zwar grundsätzlich ab, wollen aber trotzdem zum konkreten Vorschlag Stellung nehmen. Will man den Grundsatz „keine Konkurrenz zu erneuerbaren Energien“ tatsächlich ernst nehmen, dann muss der Förderbereich auf eine Grösse von 1.25 MW bis 30 MW Feuerungswärmeleistung angehoben werden. Unter der Schwelle von 1.25 MW sind oft auch erneuerbare Lösungen denkbar (Biomasseanlagen, grosse Wärmepumpen etc.). Die benötigten 2 TWh/a sollen mit möglichst wenigen Anlagen erreicht werden. Dies vereinfacht zum einen die Umsetzung (Rücklieferarif und CO<sub>2</sub>-Kompensation), zum anderen ist es einfacher, grössere Anlagen später zurückzubauen, wenn die nötige Stromproduktion durch erneuerbare Energiesysteme erbracht werden kann. Grössere Anlagen sind zudem näher an der Wirtschaftlichkeit, wodurch weniger Mittel zur Förderung eingesetzt werden müssen und die Endkunden entlastet werden.

28. Sind Sie mit der Einführung einer Verpflichtung zur Kompensation sämtlicher verursachter Emissionen, unter gleichzeitiger Befreiung von der CO<sub>2</sub>-Abgabe, für Anlagen, die am WKK-Vergütungssystem teilnehmen, einverstanden?

*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Art. 22 Abs. 4bis (neu)*

*Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.2.2*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

**Energiestrategie 2050 nicht auf Kosten des Klimaschutzes**

Eine vollständige Kompensation der CO<sub>2</sub>-Emissionen ist zwingend notwendig, denn die Energiestrategie 2050 darf nicht auf Kosten des Klimaschutzes umgesetzt werden. Damit die Schweizer Klimaziele nicht gefährdet werden, müssen die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Inland kompensiert werden. Werden Schweizer GuDs ins Europäische Emissionshandelssystem aufgenommen, ist eine Gleichbehandlung von WKK-Anlagen zu prüfen. Kompensation in Drittweltländer soll eine nur marginale Rolle spielen; Kompensation in BRICS-Staaten möchten wir ausschliessen, da die Investitionen ohne Anpassung der nationalen Energiepolitik häufig nutzlos sind (Bsp. Kohlekraftwerksbau in China).

Wird eine fossile Heizung durch eine WKK-Anlage ersetzt, soll unter Berücksichtigung des Stands der Technik eine Kompensationsgutschrift gewährt werden. Die Kompensation soll im Rahmen einer Kompensationspflicht analog den Treibstoffimporteuren geleistet werden. Kompensationsverträge wie bei den GuDs (aktuelles Beispiel Chavalon) sind intransparent und je nach Verhandlungsgeschick der Parteien unterschiedlich. Mit einer Kompensationspflicht für WKK-Betreiber sind die Spielregeln für alle gleich. Zudem ist aus umsetzungstechnischer Sicht eine Kompensationspflicht vielen Einzelverträgen mit WKK-Betreibern vorzuziehen.

29. Welche alternative Fördermöglichkeiten für die Wärme-Kraft-Kopplung schlagen Sie vor?

Die Grünliberalen würden eine **Branchenlösung** vorziehen, z.B. mit einer Quoten-Regelung für Energieversorgungsunternehmen oder regionalen Kontingenten. So kann die produzierte Menge Strom aus WKK gesteuert und geplant werden (Nachteil eines marktbezogenen Rückliefertarifs). Die Energieversorger sind für den Betrieb der WKK und die Kompensation der CO<sub>2</sub>-Emissionen zuständig, wo das hierfür nötige Know-how häufig vorhanden ist. Über ein solches System würden WKK in einer sinnvollen Grösse, d.h. für Quartiere über Wärmeverbünde, gebaut und die fossilen Ressourcen würden mit maximaler Effizienz genutzt. Auf dieser Grösse ist auch eine spätere Umstellung auf erneuerbare Energieträger, Geothermie, Biomasse oder Wasserstoff, möglich. Private Initiativen sollen von den Energieversorgern oder über regionale Kontingente einbezogen werden – wichtig ist uns, dass nicht unbegrenzt Anlagen, sondern die notwendigen und sinnvollsten Anlagen gebaut werden.

## Netze

30. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung auf dem Gebiet des Elektrizitätsrechts einverstanden? Dazu gehört insbesondere, dass der Zugang ans Bundesgericht auf Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung eingeschränkt wird.

*Bundesgerichtsgesetz, Art. 83 Bst. w (neu)*

*Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.1*

☒ **Ja, aber...**    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

**Verfahrensbeschleunigung ja, faktische Abschaffung des Beschwerderechts nein**

Der Ausbau der Stromnetze zur Integration der erneuerbaren Energien und zum internationalen Austausch elektrischer Energie ist ein zentraler Punkt für das Gelingen der Energiewende.

Wichtig ist den Grünliberalen Verfahrenszusammenlegung und -beschleunigung, d.h. zum Beispiel, dass Rechtsfragen zu Details der Anlagen direkt mit den Grundsatzfragen zu klären sind. Hingegen sprechen sich die Grünliberalen gegen die Einschränkung der Rechtsmittel oder des Beschwerderechts generell aus.

Netzausbaubedarf, Festlegung von Trassenkorridoren und Klärungen hinsichtlich des Einsatzes neuer Speicher- und intelligenter Steuerungstechnologien sollten national vorbereitet werden. So kann sichergestellt werden, dass die benötigte Menge an Übertragungskapazität schweizweit abgestimmt wird, aber auch die Notwendigkeit der einzelnen Leitungen aufgezeigt werden kann. Gleichzeitig wird es möglich, Varianten zu diskutieren, um Umwelt- und Landschaftseinwirkungen zu minimieren.

31. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Einführung und Kostentragung von intelligenten Messsystemen einverstanden?

Dies betrifft insbesondere die Delegationsnormen zur Einführung und zur Festlegung von Mindestanforderungen sowie die Möglichkeit für die Netzbetreiber, die Kosten der Einführung gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Messsysteme als anrechenbare Netzkosten auf die Endkundinnen und -kunden zu überwälzen

*Stromversorgungsgesetz, Art. 15 Abs.1 und 1bis (neu) sowie Art. 17a (neu)*

*Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.8*

☒ **Ja**    ☐ **Nein**    ☐ **keine Stellungnahme**

Bemerkungen:

Wir stimmen der vorgeschlagenen Regelung zu, jedoch soll Smart Metering als Unterstützung von Regel- oder Anreizsystemen eingesetzt werden.



Grünliberale Partei Schweiz

## Medienmitteilung

Thema	Vernehmlassungsantwort der Grünliberalen zur Energiestrategie 2050
Für Rückfragen	Martin Bäumle, Parteipräsident, Tel +79 358 14 85 Jürg Grossen, Nationalrat, Tel +79 444 94 65
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	31. Januar 2013

### Grünliberale unterstützen Stossrichtung der Energiestrategie 2050, fordern aber mit Nachdruck eine ökologische Steuerreform

**In ihrer heute eingereichten Vernehmlassungsantwort zur Energiestrategie 2050 des Bundesrates bekennen sich die Grünliberalen klar zum klimafreundlichen Atomausstieg der Schweiz. Dieser sollte aber weniger zögerlich begangen werden als geplant. Zentral ist für die Grünliberalen die rasche Umsetzung einer umfassenden ökologischen Steuerreform, nur diese kann sicherstellen, dass die Energiewende unumkehrbar, effizient und möglichst unbürokratisch erfolgt.**

Die Grünliberalen sehen in der Energiestrategie 2050 eine einmalige Chance für die Schweiz als Innovations- und Cleantech-Standort. Zudem ermöglicht die neue Energiepolitik der Schweiz mehr Unabhängigkeit von Importen nicht-erneuerbarer Energieträger und den Erhalt der Vorreiterrolle im internationalen Klima- und Umweltschutz. Diese Ausgangslage rechtfertigt eine ambitioniertere und konsequentere Gangart im Vergleich zum vorliegenden Entwurf der Energiestrategie 2050. Das zentrale Element dafür muss eine ökologische Steuerreform sein. Nur eine ökologische Steuerreform, wie sie die eingereichte Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ der Grünliberalen fordert, kann sicherstellen, dass die Energiewende unumkehrbar, effizient und möglichst unbürokratisch erfolgt.

#### **Keine Abstriche beim Klimaschutz**

Nicht einverstanden sind die Grünliberalen mit der Tendenz, den Atomausstieg auf Kosten des Klimaschutzes zu vollziehen. Alle Massnahmen, welche einer Aushebelung des Klimaschutzes Vorschub leisten, lehnen die Grünliberalen deshalb ab. Weiter bestehen die Grünliberalen auf einer klaren Festlegung von Abschaltterminen für die bestehenden Atomkraftwerke. Nur mit eindeutigen Rahmenbedingungen können Hintertüren beim geplanten Atomausstieg ausgeschlossen werden.

Der umfassende Ausbau der erneuerbaren Energien hat für die Grünliberalen zusammen mit der Energieeffizienz erste politische Priorität. Die Grünliberalen unterstützen die Festlegung gesetzlicher Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien und für die Reduktion des zukünftigen Energieverbrauchs. Die vorliegenden Ausbauziele sind bei den einzelnen Technologien aber zu wenig ambitiös, dies gilt insbesondere für die Photovoltaik, welche eine der Schlüsseltechnologien der Energiewende ist. Die effiziente Förderung der Sonnenenergie bedingt aber auch einen Umbau der Kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) mit tages- und jahreszeitlich differenzierten Vergütungssätzen. Zu wenig berücksichtigt sind für die Grünliberalen ausserdem Fragen von dezentraler Speicherung und Reduktion der Verteilnetzbelastung, wo in den nächsten Jahren klar verstärkter Handlungsbedarf besteht.

Auf keinen Fall darf schliesslich die Naturschutz- und Nutzungsplanung vernachlässigt werden: Auch bei der erneuerbaren Energieproduktion sind Kosten und Nutzen abzuwägen und in einem Gesamtkonzept auf regionaler, kantonaler und teilweise nationaler Ebene einzubinden. Dafür braucht es beschleunigte und transparente Verfahren unter Einbezug der relevanten Akteure. Eine generelle Beschränkung der Rechtsmittel oder des Beschwerderechtes lehnen die Grünliberalen hingegen ab.